

## Otomo

### Impuls

Kennst du diese Ausdrücke und ihre Bedeutung?

Der Buschtreter, der Kanacke, der Itacker, das Schlitzauge, der Schwatte, der Döner, der Polacke, Franzmann, le Beurs, le chleuh, der Jugo, der Makaronifresser, le Ritale, le Boche  
*(locker und gemischt auf dem Bildschirm verteilt)*

Mit welchem dieser Ausdrücke würde man den Mann auf dem Foto diskriminierend bezeichnen?



In Deutschland gibt es viele Ausländer, die keinen klaren Status haben, nur „geduldet“ (= begrenzt akzeptiert, ohne volle Rechte) sind. Warum gibt es überhaupt Vorurteile, und besonders gegen Schwarze? Welche?

### Der Film

Ein Afrikaner wird früh morgens in der Straßenbahn der Schwarzfahrt bezichtigt, gerät in Panik, reißt sich gewaltsam los und flieht. Seither wird er von der Polizei gesucht. Ein Leben der Angst und Flucht beginnt. Er findet Kontakt und Verständnis bei einer jungen Großmutter und ihrem Enkelkind...

Scènes de la vie quotidienne: travailleur immigré, le foyer, la recherche de travail, le contrôle de billet qui tourne au drame. Otomo, un noir, est poursuivi par la police; l'errance, ses rencontres, constituent la trame de ce film bouleversant. Une histoire vraie.

## Zitate

„(Sie) haben ja nochmal Glück gehabt ! Nächste Haltestelle aussteigen, die Tarifzone endet hier.“

„Ja, es tut mir Leid, aber ich muß Sie jetzt beanstanden (= sie dürfen jetzt nicht weiterfahren, Sie müssen eine Strafe zahlen). Ab jetzt fahren Sie ohne gültigen Fahrausweis.“

„Jetzt wart' doch mal! Bist du sicher mit der Zone?! Könnte der nicht noch...?“

„Nein, ich kann den nicht laufen lassen...“

Wer spricht hier zu wem? In welcher Situation?

Wie würdest du reagieren?

Was kann das für einen Ausländer wie Otomo, die Hauptfigur des Films, bedeuten?

## Das Besondere an diesem Film

Im Film erfährt Otomo sehr stark die Äußerungen von Antipathie und Sympathie. Wie empfindest du die Personen des Films Otomo gegenüber?

sympathisch

unsympathisch

<input type="checkbox"/>	Der Pförtner des Wohnheims	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Die Großmutter	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Das Kind	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Die Mutter des Kindes	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Die Polizisten	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Der Mann im Personalbüro der Firma	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Die Kontrolleure in der Straßenbahn	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Die Arbeitsvermittler in der Firma	<input type="checkbox"/>

Welches Symbol würdest Du für die verschiedenen Personen im Film wählen? Begründe Deine Wahl.

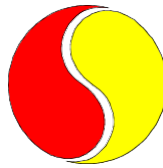
Nummer 1



2



3



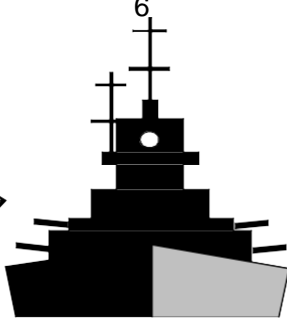
4



5



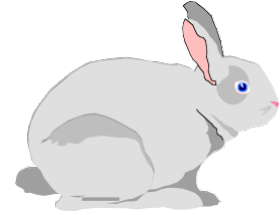
6



7



8



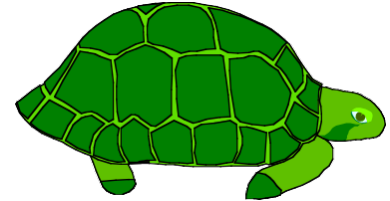
9



10



11



12



13



14



15



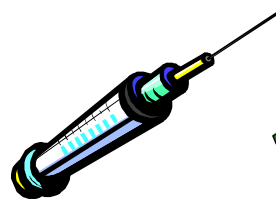
16



17



18



20



## **Der Regisseur: Frieder Schlaich**

### Biographie:

Frieder Schlaich wurde 1961 in Stuttgart geboren. Er studierte Visuelle Kommunikation in Hamburg, arbeitete sowohl im Kino als auch am Theater und produzierte zahlreiche Kurz- und Dokumentarfilme zusammen mit Irene von Alberti. Sein erster Spielfilm, Halbmond (1995), erhielt zahlreiche Auszeichnungen. Sein zweiter Spielfilm ist Otomo (1999).

### Filmographie:

Halbmond (1995)

Otomo (1999)

## **Noch mehr Infos**

### Die Zuwanderungsdiskussion und die "Illegalisierten"

Alle sind sich plötzlich einig: Auch Deutschland gehört aufgeschlossen. Seid freundlich dem nützlichen Fremden! Der erklärte Großmut der neuen Einwanderungspolitik - kommissionstechnisch angeschoben und mittlerweile europaseits gestützt - tapst aber von vornherein als Kleinmut von Krämern daher: Gut ist der Ausländer, wenn es sich rechnet. Dieser Börsenblick braucht Solidarität mit, Respekt vor und Menschenwürde für Migrantinnen und Migranten nicht. Von einem Recht auf Migration in Zeiten immer ungerechterer Verteilung des Weltreichtums ist schon gar nicht die Rede. Und von einer ziemlich großen Zahl derer, die längst hier sind, auch nicht. Diese beiden blinden Flecken, machen die deutsche Zuwanderungsdebatte so dumpf, so beschränkt. Der Utilitarismus, das Nützlichkeitsprinzip, ist blind gegen das Recht auf Glück, das Migranten individuell in großer Zahl umsetzen - Schritt für Schritt. Die kriminalitätsorientierte Innenpolitik ist blind gegen die Tatsache, daß sie das ohne Rücksicht auf Behinderungen durch Einwanderungsgesetze und beamtete Taten tun - müssen. Die deutsche Diskussion über Einwanderung und Asylpolitik greift wegen dieser doppelten Blindheit zu kurz und wird das Problem Migration nicht lösen können.[...]

Am 23.11. meldeten die Agenturen: Die Kommission der Europäischen Union hat heute einen Diskussionsvorschlag über Einwanderungs- und Asylpolitik befürwortet. In einer Pressemeldung dazu heißt es, die "Kommission ist darauf eingestellt, als Katalysator zu wirken und einen praktischen Beitrag zum Aufbau eines gemeinsamen Asyl- und Einwanderungsregimes der Mitgliedsstaaten zu machen. [...]

Negiert wird nicht das Recht von Staaten, ihre Zuwanderung – die Immigration - zu regeln, das haben nach acht Jahren strittiger Diskussionen die europäischen Staaten in die Konvention hineinschreiben können. Dennoch haben sie die klare Sprache dieser Konvention nicht brechen können; und deshalb hat bislang auch kein einziger europäischer Staat diese Konvention ratifiziert, ausschließlich Herkunftsländer - Emigrationsländer – haben sich ihr angeschlossen. Auch die SPD/Grünen-Regierung hat sich, wie schon ihre Vorgängerin, mit wortreicher und wortgleicher Begründung geweigert, diese Konvention (der UNO) durch Ratifizierung in nationales Recht aufzunehmen und klargemacht, was sie befürchtet: "Die Position der Wanderarbeitnehmer in ungesetzlicher Situation (illegale Wanderarbeitnehmer) wird in dem Übereinkommen in einer Weise geschützt, die über das unbestrittene Erfordernis, ihnen grundlegende Menschenrechte nicht zu verweigern, weit hinausgeht, und die daher möglicherweise geeignet ist, den Anreiz, ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis im Ausland einer Beschäftigung nachzugehen, zu verstärken." [...]

Der Blick auf die zitierte "Internationale Konvention" zeigt mithin, dass der hierzulande radikale Ausgangspunkt in der aktuellen Diskussion über Zuwanderung international keinesfalls randständig ist. Das Recht, sich auf der Suche nach Glück einen anderen Ort zu suchen, wird nur in den Migrationszielländern rundheraus bestritten. Dieses Recht ist aber durch nationale Barrieren nicht einschränkbar - schon gar nicht durch die Verabsolutierung des nationalstaatlichen Anspruchs, Zuwanderung regeln zu wollen. Das Recht auf Glück ist von jeder Nation und jedem Staat zu respektieren: mit dem Ziel, Wege zu suchen und Möglichkeiten zu eröffnen, wie es verwirklicht werden kann. Migration - und gerade auch die unerlaubte – ist eine Abstimmung mit den Füßen gegen eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung. Diese Abstimmung lässt sich weder mit Quoten noch mit Grenzschützern unterbinden.

Die deutsche Zuwanderungsdebatte ist von diesem Gedanken nicht einmal angehaucht - deshalb geht sie an den Realitäten vorbei. Sie nimmt nicht die Grundvoraussetzung einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung zur Kenntnis und sie will erst recht nicht die größten menschlichen Kosten dieser Ordnung in den Zielländern von Flucht und Migration zur Kenntnis nehmen, die Illegalisierten. Auch aus diesem zweiten Grund geht sie an den Realitäten vorbei. Wie wenig sich mit dieser Blindheit Probleme lösen lassen, zeigt allein ein Blick auf die USA, eine Gesellschaft, die sich als Einwanderungsgesellschaft versteht, wo also legale Migration (über Quoten) und Asylrecht rechtlich verankert ist (in welcher Qualität auch immer). Auch an den USA ist trotz legaler Migration und verbrieftem Asylrecht das "Problem" der illegalen Migration nicht vorbeigegangen. Die deutsche Diskussion über legale Migration und Asylrecht klammert das Problem illegaler Zuwanderung aus; respektive behandelt es als Problem der Kriminalitätsbekämpfung, was einer Ausklammerung dieser Menschen aus allen sonstigen Lebensbereichen entspricht. Diese

Ausklammerung/Verleugnung/Reduzierung wird von Rot-Grün bis zur CSU unisono betrieben.

Dagegen muß ein anderes Konzept reklamiert werden: Sich den Illegalisierten in dieser Gesellschaft zuwenden. Das heißt, mit ihnen zusammen und eigenständig ihre Menschenrechte, ihre ökonomischen, sozialen und politischen Rechte einzuklagen. Dabei können wir anknüpfen an die stärksten Momente der neueren Geschichte: an den Begriff von internationaler Solidarität, wie ihn die Arbeiterbewegung hervorgebracht hat; an internationale Rechts- und Moralkompromisse, die den Menschenrechten verpflichtet sind, wie die zitierten UNO-Beschlüsse. Will man also die derzeitige Aufregung um Zuwanderung ja oder nein oder in welchem Umfang nutzen, weil aus manchen Ohren das Schmalz herausgeflogen ist, dann wohl so:

1. Die Diskussion um Zuwanderung muss erweitert werden um die Diskussion über das Recht auf Migration. Auch wenn es hierzu keine realpolitischen Forderungen zu stellen sind - die Forderung nach "offenen Grenzen" ist nun gerade keine solche und jede noch so hohe Quote bleibt brutal - , grundsätzliche Einreden bleiben dennoch und gerade deshalb notwendig.

2. Als Resultat einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung und jedes Zuwanderungsgesetzes wird es weiterhin hundertausende Illegalisierter in Deutschland geben - und ihre schlimme Lebenswirklichkeit. Es geht deshalb in der jetzigen Zuwanderungsdebatte um die Formulierung und Durchsetzung von Forderungen, die Illegalisierte aus ihrem Dasein als rechtloser, subproletarischer Kaste befreien ("Recht auf Recht", Zugang zu Versicherungen, zum Gesundheits- und Bildungswesen, Recht auf die für alle "Legalen" gültige Freiheit der Person, Abschaffung des Denunziationsparagraphen und der Strafvorschriften gegen "Illegalisierte" und UnterstützerInnen im Ausländergesetz usw. usf.).

Bei dem Versuch, die Verengung der aktuellen Diskussion aufzureißen und die Forderungen für eine menschenwürdige Existenz von Illegalisierten in die Debatte einzuführen, sollte man zur Kenntnis nehmen, daß an anderen Rändern der Gesellschaft ebenfalls darüber nachgedacht wird. [...]

Albrecht Kieser  
Rheinisches JournalistInnenbuero  
Merowingerstr. 5-7  
D-50677 Koeln  
Phone +49 (0)221 - 31 70 91  
Fax +49 (0)221 - 331 87 52  
e-mail rjb-koeln@t-online.de

(Quelle: IS Bremen)

